

Von der Zweigliedrigkeit zur gemeinsame Schule für alle

28.02.2010

Inhalt

Einleitung.....	2
1. Die Zweigliedrigkeit als Strategie	2
Die Gemeinsame Schule für alle ist nur schrittweise durchsetzbar.....	2
Die Zweigliedrigkeit ist die einzig realistische Strategie jetzt	2
Zweigliedrigkeit ist nicht gleich Zweigliedrigkeit.....	3
2. Stärken und Schwächen einer zweigliedrigen Oberschullösung.....	4
Die Stärken einer zweigliedrigen Oberschullösung.....	4
Die Schwächen einer Oberschullösung	5
3. Auch die Zweigliedrigkeit steht unter internationalem und innenpolitischem Druck.....	5
Eine sich globalisierende und dynamisierende Gesellschaft verlangt Bildungsreformen	5
Wissenschaftliche Untersuchungen legen zusätzlich Schwächen offen	6
Bildungspolitik unter innenpolitischem Druck	7
4. Deutschland wird sich bildungspolitisch führende Staaten zum Vorbild nehmen	7
Dem Reformdruck wird die Zweigliedrigkeit nicht widerstehen	8
Linke Parteien müssen sich profilieren, rechte sich bewegen	8
5. Die Oberschullösung selbst weist über die Zweigliedrigkeit hinaus	8
6. Weiterführende strategische Schritte.....	9
In der Sekundarstufe II	9
Innerhalb der Sekundarstufe I.....	10
Ausgleichs-Strategie	10
Konvergenz-Strategie	10
Integrations-Strategie	11

Einleitung

Die gemeinsame Schule für alle ist nur über den Weg einer Zweigliedrigkeit durchsetzbar, in der beide Schulformen zur Hochschulreife führen. Diese Form der Zweigliedrigkeit ist revolutionär, da sie die abschlussbezogene Diskriminierung der Schulformen beseitigt: beide Schulformen sind gleichberechtigt. Damit verbessern sich die Einstellungen und Erwartungen von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern.

Dennoch ist auch diese Zweigliedrigkeit keine optimale Lösung. Denn die Ausgangsbedingungen der zweiten Schulform sind schlechter als die des Gymnasiums. Trotz der Fortschritte gegenüber der Dreigliedrigkeit wird auch diese Zweigliedrigkeit weder dem gesellschaftlichen Bedarf noch den internationalen Standards der individuellen Förderung, der Chancengleichheit und der Solidarität hinreichend entsprechen. Die Globalisierung, die Internationalisierung und die Forschung werden weiterhin Druck auf Reformen ausüben. Damit werden die Reformkräfte innerhalb der Gesellschaft und der Politik die gemeinsame Schule für alle durchsetzen können.

1. Die Zweigliedrigkeit als Strategie

Die Gemeinsame Schule für alle ist nur schrittweise durchsetzbar

Die bestehende Dreigliedrigkeit ist nicht auf einen Schritt in eine gemeinsame Schule für alle umzuwandeln. Gute Umfrageergebnisse täuschen: Stimmungen sind noch keine Stimmen. Dies zeigt sich erschreckend bei der Hamburger Schulreform. Hier sollte keinesfalls die gemeinsame Schule für alle realisiert werden, sondern nur zusammen mit der Zweigliedrigkeit die Grundschulzeit verlängert werden. Gegen letztere mobilisiert eine Volksinitiative, die von keiner Partei unterstützt wird - sieht man von der dort traditionell schwachen FDP ab -, vielmehr engagiert sich der CDU-Bürgermeister für die Schulreform. Dennoch überspringt die Initiative mit großem Erfolg die zweite Hürde des Bürgerentscheids. Dagegen war ein Bürgerbegehren zugunsten einer gemeinsamen Schule für alle wenig vorher deutlich an dieser Hürde gescheitert. Zugleich waren die Voraussetzungen für ein entsprechendes positives Votum in keinem alten Bundesland günstiger als in Hamburg:

- Hamburg hat unter allen Bundesländern den höchsten Anteil von Gesamtschülern im 8. Jahrgang,
- hat anerkannte gute Gesamtschulen wie z.B. die Schulpreisträgerin Max-Brauer-Schule
- und hat ein liberales Bürgertum und eher liberale Parteien.

Die Zweigliedrigkeit ist die einzig realistische Strategie jetzt

Selbst wenn eine erweiterte Grundschulzeit in Hamburg unter den einmalig günstigen Bedingungen noch verwirklicht werden kann, ist dies noch kein Weg zu längerem gemeinsamen Lernen in anderen Bundesländern. Auch die Strategie weiterer Gesamtschul-Gründungen ist keine Alternative zu einem zweigliedrigen Schulsystem, denn da sie das Gymnasium nur in den seltensten Fällen antastet, führt

sie im günstigsten Fall langfristiger ebenfalls zur Zweigliedrigkeit. Diese ist mithin zurzeit die einzig realistische Strukturreform innerhalb der Sekundarstufe I.

Sie wird sich auch durchsetzen. In 11 der 16 Bundesländer besteht die Zweigliedrigkeit bzw. ist ihre Einführung gesetzlich beschlossen. Noch hinken die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hinterher. Sie werden dem Druck nicht standhalten können:

- Die Wirtschaft akzeptiert den Hauptschulabschluss nur noch in Randbereichen,
- die Eltern sind gegen den Besuch der Hauptschule,
- erstmals in der deutschen Bildungsgeschichte setzen sich Schulleitungen und Lehrkräfte einer Schulform für deren Aufhebung ein.
- Es gibt keine geschlossene CDU- bzw. FDP-Phalanx mehr für den Erhalt der Dreigliedrigkeit, vielmehr führen die CDU-geführten Länder Sachsen und Thüringen ihr gutes Abschneiden bei PISA auf ihre Zweigliedrigkeit zurück.

Die fünf strukturkonservativen Bundesländer stehen unter Druck. In Baden-Württemberg und Bayern wird aus der Hauptschule eine Mittelschule neben der Realschule:

- In Baden-Württemberg werden auf Grund der Aktivitäten der Hauptschul-Basis viele Hauptschulen in Werk-Realschulen umgewandelt, die auch zur mittleren Reife führen.
- In der bayerischen Koalition werden auf Drängen der FDP Kooperationsformen zwischen Haupt- und Realschulen als Modellschulen eingeführt sowie die Hauptschule zur Ganztags-„Mittelschule“ mit Hauptschul- und mittleren Schulabschluss entwickelt.

Das generelle Ende der Dreigliedrigkeit ist absehbar, nur der Zeitpunkt ist ungewiss.

Zweigliedrigkeit ist nicht gleich Zweigliedrigkeit

Die meisten Kritiker der Zweigliedrigkeit machen sich ihre Kritik zu leicht: sie differenzieren nicht genug zwischen den zwei Formen der Zweigliedrigkeit¹:

- Bei der Mittelschullösung besteht neben dem Gymnasium eine Mittelschule, die zum Haupt- und Realschulabschluss führt. Im besten Fall erhebt sie den Anspruch, grundsätzlich alle zum mittleren Abschluss zu führen. Doch abgesehen von einer gemeinsamen Orientierungsstufe werden zumeist abschlussbezogene Klassen gebildet. Eine Aufhebung abschlussbezogener Separierung zwischen den zwei Schulformen und erst recht eine Gleichstellung der neuen Schulform mit dem Gymnasium ist nicht intendiert. Es wird nur die dreigliedrige Abschlussdiskriminierung durch eine zweigliedrige ersetzt.
- Die Oberschullösung ist demgegenüber revolutionär: Bei ihr werden Hauptschule und Realschule durch eine Oberschule ersetzt, die wie das Gymnasium bis zum Abitur führt. Statt dreier Schulformen mit unterschiedlichen Abschlüssen, beendet sie die abschlussbezogene Diskriminierung des bestehenden vertikalen Schulaufbaus. Die Oberschule wird gleichberechtigt mit dem Gymnasium – sie wird ein Gymnasium mit Förderauftrag. Entweder besitzt sie eine eigene gymnasiale Oberstufe oder sie versetzt geeignete Schüler/-innen in eine hochschulpropädeutische Oberstufe, mit der die Oberschule vertraglich kooperiert. Die bestehenden Gesamtschulen werden als Oberschulen weitergeführt.

Die Mittelschullösung existiert im Saarland sowie in allen neuen Ländern. Hier wurde sie entweder sofort nach dem Umbruch eingeführt, oder das Nebeneinander von Haupt- und Realschule wurde später aufgegeben.

¹ Bei der Zweigliedrigkeit hat bisher jedes Bundesland eine eigene Bezeichnung für die neben dem Gymnasium bestehende Schulform. Wegen der besseren Verständlichkeit wird im Folgenden eine einheitliche Begrifflichkeit verwendet.

Im Westen wäre die Einführung der Mittelschullösung zum jetzigen Zeitpunkt halbherzig: ihr inhaltlicher Beitrag ist bescheiden und der zu überwindende Widerstand größer als bei der Oberschullösung:

- Inhaltlich kann die Mittelschule bei integrativer Form die Stigmatisierung des Hauptschülers vermeiden, mehr Jugendliche zu einem mittleren Abschluss führen und die Spaltung der Sek-I-Abschlüsse wie auch der Lehrerlaufbahnen verringern. Doch es wird weiter schon am Ende der Grundschulzeit über die beruflichen und sozialen Chancen vorentschieden, eine soziale und ethnische Vorauslese bleibt erhalten, und der Bedarf der Wirtschaft nach qualifizierten Abschlüssen wird kaum befriedigt.
- Die Mittelschullösung ist zudem instabil: unter dem gesellschaftlichen Druck auf bessere Bildungschancen bestehen in allen Bundesländern mit Mittelschullösung auch Gesamtschulen. Die Mittelschulen werden längerfristig entweder durch eine Oberschullösung ersetzt werden oder ihnen wird eine Sekundarstufe II folgen, deren Berufsbezug auch hochschulpropädeutisch ausgerichtet ist.
- Auch strategisch ist die Mittelschullösung halbherzig, denn die Realschulklientel fühlt ihre Bildungsinteressen durch den gemeinsamen Unterricht mit „Hauptschülern“ bedroht. Bei der Oberschullösung wird diese „Bedrohung“ durch die Aufwertung als Schule mit Hochschulreife kompensiert. So gab es zwar in Schleswig-Holstein gegen die Oberschullösung Widerstand beim Realschul-Lehrerverband, während sich der Realschul-Elternrat für die Reform aussprach. Eine Initiative gegen die Aufhebung der Realschulen scheint an der zweiten Hürde des Volksentscheides gescheitert zu sein.
- Strategisch wird der Weg von der Mittelschullösung zur gemeinsamen Schule für alle über die Oberschullösung führen. Diesen Schritt will jetzt die saarländische Koalitionsregierung - zusammen mit einer Grundschul-Verlängerung um ein Jahr - einschlagen, sofern sie eine Verfassungsänderung durchsetzen kann.

Die Oberschullösung ist in den drei Stadtstaaten gesetzlich beschlossen. In Schleswig-Holstein wird eine Mischung von Ober- und Mittelschullösung realisiert, dort existiert neben der Oberschule noch eine schwach besuchte Mittelschule. Möglicherweise bleiben zusätzlich auf Druck des neuen Koalitionspartners FDP einige Realschulen erhalten. In Rheinland-Pfalz gibt es eine Oberschullösung, doch die Oberschule führt in Verbindung mit der Fachoberschule nur bis zur Fachhochschulreife; hier bestehen zusätzlich Gesamtschulen und es werden weitere gegründet.

2. Stärken und Schwächen einer zweigliedrigen Oberschullösung

Gegenüber einer Strategie der Zweigliedrigkeit gibt es nicht wenige Vorbehalte von Gesamtschul-Verfechtern. Sie haben materielle und strategische Einwände. Die materiellen Einwände widersprechen sich:

Einerseits habe die Oberschule gegenüber dem Gymnasium wegen dessen Vorauslese keine Chance, andererseits würde die Gesellschaft wegen der Verbesserungen durch die Oberschullösung keinen weitergehenden Reformbedarf für erforderlich halten.

Beide Positionen sind unrealistisch.

Die Stärken einer zweigliedrigen Oberschullösung

Die Zweigliedrigkeit hat gegenüber der Dreigliedrigkeit den Vorteil, die Hauptschule aufzuheben. Denn die Leistungsentwicklung eines Jugendlichen hängt erheblich von der Schulform ab. Diese ist gleich einflussreich wie das Leistungs- und Fähigkeitsniveau des Jugendlichen. Bei der Hauptschule belasten Bildungsferne, Wiederholtschüler/-innen, Fähigkeitsniveau und Familienbelastung der

Mitschüler/-innen z.B. den Erwerb von Lesekompetenz stark, während diese Faktoren die Leistungsentwicklung am Gymnasium kaum beeinflussen.² Ihre weitere Existenz ist nicht zu verantworten. Mit der Integration von Haupt- und Realschule verbessert sich die Schülerzusammensetzung, und die Leistungen werden insgesamt steigen. Vor allem verschwindet auch das Stigma für die Hauptschule und ihre Schüler/-innen. Damit erhalten diese bessere Berufs- und Lebenschancen. Mit der Oberschul-Lösung wird darüber hinaus die neue Schulform als Oberschule aufgewertet, deren Schülerschaft dann alle Abschlüsse offenstehen. Die Ansprüche wie Erwartungen an Schule und Schülerschaft werden steigen. Die Gesamtschulen haben bei oft ähnlicher Schülerzusammensetzung und gegen starke Vorurteile das Abschlussniveau ihrer Schülerschaft erheblich verbessert. Die Oberschule hat gegenüber der Gesamtschule zudem den Vorteil, viel häufiger angeboten und im ländlichen Raum und am Stadtrand zu dominieren. Mit der Dichte des Angebots werden Vorurteile abgebaut und wegen der Standortgunst auch gymnasialorientierte Klientel teilweise erreicht werden. Zudem wird sozial orientiertes Milieu für die Oberschule gewonnen werden können. Daher ist ein Pessimismus gegenüber der Oberschule unangebracht. Sie wird sich im ländlichen Raum als die gemeinsame Schule für alle etablieren.

Die Schwächen einer Oberschullösung

Die Oberschullösung sollte freilich auch nicht überschätzt werden. Die Oberschule wird stärker als das Gymnasium mit Bildungsferne, Wiederholtschüler/-innen, Fähigkeitsniveau und Familienproblemen der Mitschüler/-innen belastet bleiben. Ihre Arbeit wird auch stärker durch soziale, ethnische und sonderpädagogische Faktoren erschwert werden. Ebenso werden die Erwartungen innerhalb und außerhalb der Schule zurückhaltender als gegenüber dem Gymnasium sein. Die Deckung des Qualifikationsbedarfes der Wirtschaft und Gesellschaft, eine individuelle Förderung und eine Chancengleichheit in dem Maße, wie sie das Ausland mit einer gemeinsamen Schule für alle erreicht, wird die Oberschullösung nicht schaffen. Weitergehende Reformen sind erforderlich.

3. Auch die Zweigliedrigkeit steht unter internationalem und innenpolitischem Druck

Eine sich globalisierende und dynamisierende Gesellschaft verlangt Bildungsreformen

Gesamtschul-Verfechter haben nicht nur inhaltliche, sondern auch strategische Einwänden gegen die Zweigliedrigkeit. Nach einem Einwand ginge mit einer schnellen Verwirklichung der Oberschule die Attraktivität und die Reformkraft der Gesamtschule verloren. Würde dagegen die Zweigliedrigkeit behutsam realisiert, wäre die gemeinsame Schule für alle leichter zu verwirklichen.³

Diese Position in dem Antrag der GEW-Bundesfachgruppe Gesamtschule und des Landesverbandes Niedersachsen ist zu pessimistisch. Sie unterschätzt den Druck auf das deutsche Bildungswesen. Er wird

² J. Baumert, P. Stanat, R. Watermann, Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden 2006, S. 174 ff.

³ Antrag 3.14 der Bundesfachgruppe Gesamtschulen sowie des Landesverbandes Niedersachsen, Einsatz für integratives Schulsystem verstärken/Jede Verschlechterung abwehren, GEW-Gewerkschaftstag 2009

verstärkt von der Globalisierung und Internationalisierung ausgelöst. Diese beschränken sich nicht auf die Wirtschaft, sondern weiten sich auf Kultur, Soziales und Politik aus.

Die wirtschaftliche Globalisierung revolutioniert die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt jedes Landes. Die zunehmende Beschleunigung erhöht den Druck. Um am globalen Markt zu bestehen, sind die Unternehmen zu immer schnelleren Produkt- und Verfahrensinnovationen gezwungen. Als Ergebnis werden gering qualifizierte Arbeitsplätze immer schneller abgebaut und hochqualifizierte Arbeitskräfte immer häufiger gesucht werden. Diesem Qualifikationsbedarf kann kein Vertikalsystem entsprechen: die benachteiligten Schulformen können nicht genug fördern, entlassen zu viele Jugendliche mit geringen Qualifikationen und bilden zu wenig Hochschulabsolventen aus. Ein vertikales System ist nicht funktional. Das trifft abgeschwächt auch für die Oberschullösung zu.

Der Druck der Wirtschaft wird verstärkt durch übernationale Organisationen. Die EU will weiterhin zur innovativsten Region der Welt werden und setzt vor allem auf Bildungsinvestitionen. Ihre Ziele sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell: sie will den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch innerhalb der EU fördern. Sie drängt die Mitgliedstaaten vor allem zu Bildungsanstrengungen, zur gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen und zur einheitlichen Studienstruktur.

Die OECD beschränkt sich nicht mehr nur auf Empfehlungen zur optimalen Wirtschaftsentwicklung, sondern ebenso zu einer überzeugenden Bildungspolitik. Ihren internationalen Vergleichsdaten „Bildung auf einen Blick“, ihren PISA-Untersuchungen sowie weiteren Empfehlungen offenbaren jeweils die Defizite deutscher Bildungspolitik. Sie fordert immer erneut die Bildungspolitik von Bund und Länder heraus. Leistungssteigerung des Bildungssystems ist für sie der wichtigste Faktor für die Wirtschaftsentwicklung.

Die UNO verfiht das Recht auf Bildung nicht nur in den Schwellenländern. Der UN-Sonderbeauftragte Munoz kritisiert das vertikale System in Deutschland sowie die unbefriedigende ethnische und sonderpädagogische Integration. Mit der Konvention über die Rechte Behinderter stellt die UN das deutsche Sonderschulwesen in Frage.

Es gibt weiteren übernationalen Druck auf Reformen des deutschen Bildungswesens. Teilweise zielt er auf allgemeine Bildungsreformen, teilweise auf verbesserte Berufsausbildung wie z.B. für die Akademisierung der Sozial- und Gesundheitsberufe. Auch Staaten engagieren sich für eine verbesserte ethnische Integration von Migranten aus ihren Ländern.

Welche Kraft der internationale Druck auf die Bildungspolitik ausübt, zeigt sich an den PISA-Untersuchungen. Die Kultusminister aller Länder hatten zunächst versucht, einer Strukturdebatte auszuweichen. Sie forcierten stattdessen den Ausbau des Elementarbereiches und der Ganztagschule. Der öffentliche Druck war aber zu stark. Statt - wie beabsichtigt - die Strukturdebatte zu verdrängen, wird die Oberschullösung zur weitestgehenden Strukturreform der Nachkriegszeit.

Wissenschaftliche Untersuchungen legen zusätzlich Schwächen offen

Die übernationalen Organisationen fundieren ihre Bildungskritik durch Vergleichsuntersuchungen und durch Auswertung von verbesserten internationalen Statistiken. Kaum etwas hat die bildungspolitische Strukturdebatte so vorangetrieben wie die PISA-Ergebnisse. Mit den andauernden Forschungen wird sich der Druck auf Strukturreformen fortsetzen.

Die sich verbessernden Statistiken der OECD und der EU und erst Recht die Untersuchungen der OECD fordern auch die deutschen Sozial- und Erziehungswissenschaften heraus. Auch ihre Analysen und Konzepte erhöhen den Reformdruck.

Bildungspolitik unter innenpolitischem Druck

Die wirtschaftliche Globalisierung fordert Wirtschaft und Arbeitsmarkt massiv heraus. Diese werden nach der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter sowohl das Niveau fehlender oder niedriger Schulabschlüsse als auch die unzureichende Akademikerquote besonders im Ingenieur- und IT-Bereich kritisieren. Sie werden von Wirtschaftsinstituten und Arbeitsmarktexperten unterstützt werden.

Zu der wirtschaftlichen Globalisierung tritt die Internationalisierung. Die übernationalen Analysen und Positionen des Bildungswesens finden in den Medien inzwischen ein großes Echo. Sie werden von vielen Medien als bittere Herausforderung begriffen, während sie vor PISA häufig als Einmischung in die kulturelle Autonomie kritisiert wurden. Die Position der Überlegenheit- oder mindestens der Gleichwertigkeit - des deutschen Bildungswesens wird - abgesehen von der dualen Berufsausbildung- kaum noch vertreten. Die Internationalisierung der Bildungspolitik und eines entsprechenden Bewusstseins wird weitergehen.

Viele Fachverbände, Gewerkschaften, Lehrer- und Elternorganisationen werden auch in Zukunft die Analysen und Kritiken aufgreifen, publizieren und mit ihnen Einfluss auf die Politik nehmen.

Zugleich wird sich die Oberschule bei einer gleichgestellten Zweigliedrigkeit nicht mit einer Zweitklassigkeit abfinden. Sie wird um die eigene Oberstufe kämpfen und die volle Gleichwertigkeit mit dem Gymnasium anstreben. Sie wird die Unterstützung der Eltern und der Schüler/-innen erhalten.

4. Deutschland wird sich bildungspolitisch führende Staaten zum Vorbild nehmen

Der Pessimismus, dass mit einer zweigliedrigen Oberschul-Lösung die Strukturreformen in Deutschland enden, ist wirklichkeitsfremd, vielmehr wird der Druck auf Reformen anhalten. Zwar ist die zweigliedrige Oberschul-Lösung gegenüber der Dreigliedrigkeit ein erheblicher Fortschritt, dennoch genügt sie nur unzureichend sowohl dem Qualifikationsbedarf als auch den Grundwerten.

Durch die Vorauslese und die Schrägversetzung durch das Gymnasium ist die Oberschule belastet, sie kann die Schüler/-innen nicht so optimal wie in einer gemeinsamen Schule für alle fördern. Skepsis ist auch gegenüber dem Gymnasium angebracht, ob es wegen seines Selbstverständnisses seine Schülerschaft bestmöglich entwickeln wird. Insgesamt wird es bei der Zweigliedrigkeit zu viel gering Qualifizierte und zu wenig Studienberechtigte geben. Sie wird gegenüber den Forderungen der Wirtschaft zurückbleiben, sie ist diesen gegenüber nicht funktional.

Die Oberschullösung erreicht auch nicht eine optimale Entfaltung des Einzelnen. Sie entspricht nur unzureichend dem Gebot der Gerechtigkeit und dem der Chancengleichheit. Es ist ungerecht gegenüber der Oberschule und ihren Schülerinnen und Schülern, dass die Oberschule vorrangig mit sozialen, ethnischen, sonderpädagogischen und schrägversetzten Jugendlichen belastet wird. Denn beide Schulformen haben die gleichen Ziele und führen zu gleichen Abschlüssen. Nach den Baumert-Analysen ist die Bevorzugung des Gymnasiums umso weniger berechtigt, da deren Leistung durch eine heterogene Schülerzusammensetzung nicht merklich belastet würde. Es ist zudem unsolidarisch, sich als Gymnasium der Förderung aller zu entziehen.

Die Bildungspolitik in Deutschland wird nicht zur Ruhe kommen. Ihr wird der Spiegel bildungspolitisch führender Staaten vorgehalten bleiben. Deutschland wird sich an deren Ergebnissen orientieren müssen: keinen Jugendlichen ohne qualifizierten Berufs- oder Schulabschluss, fast jeden mit Studienberechtigung und jeden zweiten mit Hochschulabschluss sowie eine deutlich verbesserte soziale, ethnische und sonderpädagogische Integration.⁴

⁴ Nach den Vorstellungen der EU-Bildungsminister sollen bis 2020 40 % der 30- bis 34-Jährigen eine tertiäre Bildung erhalten haben, Süddeutsche Zeitung 21.2.2010.

Dem Reformdruck wird die Zweigliedrigkeit nicht widerstehen

Diesen Zielen kann kein vertikaler Schulaufbau entsprechen, auch nicht die zweigliedrige Oberschul-Lösung. Die Strukturreform wird weitergehen.

Andere Politikbereiche werden die Bildungspolitik zu Reformen drängen:

- Die Wirtschaftspolitik wird auf deutlich qualifizierteren Abschlüssen und vor allem auf stark vermehrten Hochschulabschlüssen bestehen,
- die Arbeitsmarktpolitik wird ähnliche Positionen beziehen,
- die Sozialpolitik wird wegen geringerer soziale Mobilität den Aufstieg über Bildung fordern und
- die Innenpolitik wird eine verbesserte pädagogische Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlangen.

Linke Parteien müssen sich profilieren, rechte sich bewegen

Linke Parteien werden sich dem vielfältigen Einflüssen der Öffentlichkeit und denen ihrer Parteibasis nicht entziehen können, zumal der vertikale Schulaufbau einschließlich der Oberschul-Lösung den Grundwerten ihrer Parteien nicht entspricht und selbst denen der CDU nicht.

Inzwischen stehen auch rechte Landesregierungen unter Druck. Zu einem Blockadeversuch gegen Strukturreformen anderer Länder – wie massiv in den 70er und 80er Jahren – kommt es nicht. Die Zweigliedrigkeit einschließlich der Oberschul-Lösung wird ohne Widerstand aus Bayern oder dem Bund realisiert. Standen bei der Hauptstadtverlegung die Länder Berlin und Brandenburg unter starken Pressionen, die Grundschulzeit zu verkürzen, planen jetzt Hamburg und Saarland ihre Verlängerung ohne spürbaren Widerstand anderer Bundesländer. Vielmehr stehen die Bundesländer, die an der Dreigliedrigkeit festhalten wollen, unter schulischem, öffentlichem und politischen Druck. Zudem ist die Phalanx der rechten Parteien aufgebrochen. Die Einstellung der FDP zur Dreigliedrigkeit unterscheidet sich zwischen den Ländern, und noch stärker ist der Unterschied zwischen den Landesverbänden der CDU – sowohl zur Zweigliedrigkeit wie zur Grundschulzeit.

Vor allem die neue Parteienkonstellation zwingt zur Beweglichkeit. Mit fünf Parteien und der häufig gefährdeten Regierungsmehrheit für die politischen Lager kommt es zu neuen Bündnissen. Linke Parteien müssen sich profilieren und rechtfertigen, wenn sie Bündnisse mit rechten Parteien eingehen. Sie müssen durchzusetzen, wozu ihnen bei Bündnissen im eigenen Lager der Mut fehlte, sich zugleich aber auch mit Zwischenschritten auf ihre Ziele hin zufrieden geben. Rechte Parteien müssen sich bewegen, wollen sie auch in Stadtstaaten Mehrheiten behalten, Mehrheiten finden oder ihre Regierungsfähigkeit mit neuen Bündnissen zu sichern versuchen.

Schon jetzt gehen die Strukturreformen in Bremen, Hamburg und im Saarland über die zweigliedrige Oberschul-Lösung hinaus. In diesen Ländern werden sie jeweils von der CDU und im Saarland auch von der FDP mit getragen.

5. Die Oberschullösung selbst weist über die Zweigliedrigkeit hinaus

Die Oberschullösung ist eine Strategie, die weitere Elemente der vertikalen Struktur infrage stellt. Denn die vertikale Gliederung ist nicht nur auf die Sekundarstufe I beschränkt, sie setzt sich in der Sekundarstufe II und im Hochschulbereich fort. Auch andere Bereiche werden durch das Vertikalsystem strukturiert. Es findet sich wieder:

- bei der Eingruppierung vor allem des öffentlichen Dienstes nach Besoldungsgruppen,

- bei der Ausbildung der Lehrer/-innen nach Lehrämtern. Diese differiert nach dem Konzept, nach der Dauer der Ausbildung, in Baden-Württemberg noch nach der ausbildenden Hochschule und in vielen Ländern auch nach den ausbildenden Fachbereichen innerhalb der Universität,
- in manche Ländern noch bei der Lehrerfortbildung,
- bei der Lehrerbesoldung und der Unterrichtsverpflichtung,
- gelegentlich noch bei unterschiedlicher Schulträgerschaft, Schulaufsicht und Schulverwaltung.

Mithin ist die vertikale Gliederung ein System, das in viele Bereiche ausstrahlt, auch wenn die Differenzierungen etwas abnehmen.

Mit der Oberschul-Lösung verlieren die Differenzierungen bei den Lehrkräften und der Schulverwaltung den letzten Rest an rationaler Begründung. Damit sind sie nicht aufgehoben, aber die Politik wird sich den Konsequenzen nicht lange entziehen können – notfalls auf Grund von Gerichtsurteilen. Damit fällt längerfristig mit der Oberschul-Lösung eine wichtige Barriere gegen eine gemeinsame Schule für alle – die Standesunterschiede zwischen den Lehrkräften sowie schulformspezifische Schulverwaltung. So gibt es ab jetzt in Bremen nur noch ein Lehramt für die allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I und II, und in Hamburg wird die Schulaufsicht vereinheitlicht.

6. Weiterführende strategische Schritte

In der Sekundarstufe II

Es gibt direkte, aber auch indirekte Strategien hin zur gemeinsamen Schule für alle. Zu den indirekten zählt der Abbau der eben genannten vertikalen Systemelemente, aber auch Reformen jenseits der Sekundarstufe I. Solange die Sekundarstufe II der schärfste Sozialchancenverteiler im Bildungswesen ist, bewirkt sie einen schweren Leistungs- und Auslesedruck auf die Sekundarstufe I. Sie belastet massiv eine integrierte Förderung. Die Situation für schwächer Qualifizierte verschärft sich zurzeit dramatisch. Das Angebot an Ausbildungsplätzen geht deutlich zurück und die Wirtschaft steigert ihre Anforderungen an die Auszubildenden. Der Hauptschulabschluss reicht fast nur noch für die traditionellen Handwerksberufe, selbst hier steht er in starker Konkurrenz mit dem mittleren Abschluss. Zusatzqualifikationen sind gefragt. Dem entsprechend steigt das durchschnittliche Einstiegsalter in die duale Berufsausbildung. Mit durchschnittlich 19,3 Jahren ist sie überwiegend keine Jugendbildung mehr, sondern eine Ausbildung im Studien-, im Erwachsenenalter. Auch die Schulberufsausbildung beginnt ähnlich spät, zudem wird der Kernbereich des Schulberufssystems - die Erziehungs- und Sozialberufe - künftig auch in Deutschland – wie jetzt fast ausschließlich schon im Ausland - in den Tertiärbereich aufsteigen. Damit wandert die Ausbildung in den postsekundären bzw. in den tertiären Bereich ab.

Um die Wartezeit bis zum Ausbildungsbeginns aufzufangen, ist seit den 90er Jahren ein umfangreiches und vielfältiges Übergangssystem mit berufsvorbereitenden Maßnahmen entstanden. Dieses Übergangssystem ist wenig überzeugend.

Stattdessen sollte der Rückzug der Ausbildung aus der Sekundarstufe II als Chance begriffen werden. Eine linke Bildungspolitik sollte die Sekundarstufe II zu einer Stufe der Ausbildungs- und Hochschulpropädeutik ausbauen, die grundsätzlich allen Jugendlichen im Anschluss die Chance zum Voll- oder dualen Studium wie auch zur dualen Berufsausbildung eröffnet. Je mehr die

Ausbildungsgänge und deren Abschlüsse sich annähern oder integriert werden, desto weniger bedeutsam werden die Unterschiede innerhalb der Sekundarstufe I.

Doch die wichtigste Maßnahme für die Sekundarstufe II ist die Durchsetzung der Oberschullösung, Darüber hinaus sollten

- Fachoberschule und berufliches Gymnasium ausgebaut werden,
- die schulische und duale Berufsausbildung zum Hochschulstudium ohne vorherige Berufspraxis berechtigen und
- die Hochschulen für Studierende anderer Bildungswege geöffnet werden.

Innerhalb der Sekundarstufe I

Die Oberschul-Lösung sowie indirekte strategische Maßnahmen sind wichtige Voraussetzungen für die Durchsetzung einer gemeinsamen Schule für alle, unabdingbar bleiben aber zusätzlich direkte Strategien. Es gibt drei direkte Strategien - Strategien des Ausgleiches, der Konvergenz und der Integration.

Ausgleichs-Strategie

Weil die Oberschule stärker mit sozialen, ethnischen und sonderpädagogischen Aufgaben belastet ist, sehen die meisten Länder für die Oberschule einen Ganztagsbetrieb vor. Erforderlich sind darüber hinaus auch zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen.

Konvergenz-Strategie

Mit einer Oberschullösung werden sich zwar Oberschule und Gymnasium näher kommen, sie konvergieren aber nicht von selbst. Eine Konvergenz-Strategie ist auf politische Entscheidungen angewiesen. Sie wird die Integration nicht bewirken, aber nur sie macht die Integration durchsetzbar.

Für die Oberschule ist es erforderlich, sie wie das Gymnasium vorrangig auf die Hochschul- und Ausbildungsreife auszurichten - allerdings mit stärkerem Berufs- und Praxisbezug.

Umgekehrt ist das Gymnasium zu pädagogisieren und dadurch die Oberschule von der Aufgabe zu entlasten, gescheiterte Gymnasiasten aufzufangen. Das Mittel der Schrägversetzung ist aufzuheben:

- Für die betroffenen Jugendlichen bedeutet es ein Scheitern, an dem sie teilweise ihr Leben lang tragen.
- Für die aufnehmende Schule ist es eine schwere Aufgabe, diese Jugendlichen wieder aufzurichten und zu integrieren.
- Die Leistungsentwicklung der Hauptschüler/-innen wird nach Fend durch die Abgeschobenen stark belastet.

Der Verzicht auf die Schrägversetzung ist politisch durchsetzbar, da er nicht nur von der Oberschule, sondern auch von Gymnasiasten und teilweise deren Eltern unterstützt würde. In Bremen wird das Mittel der Schrägversetzung gesetzlich aufgehoben, in Berlin kann das Gymnasium zwar bis zum Ende des Probejahres noch Schüler/-innen abgeben. Für die Folgezeit wird das Sitzenbleiben weitestgehend eingeschränkt, so dass die Voraussetzung für eine Schrägversetzung faktisch entfällt.

Wenn die Schrägversetzung fortfällt, bleibt als härteste Belastung für die Oberschule gegenüber dem Gymnasium deren Vorauslese. Bei überzähligen Anmeldungen am Gymnasium kann die

Politik gegen eine scharfe Vorauslese gegensteuern. In Bremen entscheidet dann das Los unter den Jugendlichen mit überdurchschnittlichen Leistungen nach der Grundschul-Einschätzung. Nach dem Berliner Schulgesetz wählt das Gymnasium über 70 % der Aufzunehmenden aus, davon 10 % für Sozialfälle, und über 30 % bestimmt das Los. Die Einsicht scheint vermittelbar zu sein, dass nicht eine Schulform fast die gesamte Last zu tragen hat, sondern dass nicht nur das Fordern, sondern auch das Fördern eine Aufgabe jeder Schule ist.

Durchsetzbar ist auch, dass die Gymnasien Jugendliche mit speziellen Behinderungen aufnehmen, die nicht an jeder Schule gefördert werden können. Wegen der gestiegenen Sensibilität gegenüber Menschen mit Behinderungen wird ein Teil der Öffentlichkeit einen solidarischen Beitrag auch des Gymnasiums fordern bzw. akzeptieren. In manchen Bremer Gymnasien werden geistig Behinderte unterrichtet.

Integrations-Strategie

Konvergenz-Strategien sind unverzichtbar und durchsetzbar, aber Integrations-Strategien bleiben notwendig. Hier können falsche Maßnahmen bzw. Maßnahmen zur Unzeit der Verwirklichung der gemeinsamen Schule für alle schaden. Bedingung für eine Integration ist, dass die Oberschule das Bildungsinteresse der Gymnasialinteressierten wahrt und diese weitgehend überzeugt. Unter diesen Voraussetzungen kann die Politik Solidarität von allen verlangen, sollte aber auch dann auf breite politische und gesellschaftliche Bündnisse setzen.

Eine Chance bietet sich bei Schulzentren und kooperativen Gesamtschulen. Eine längere Zeit des Nebeneinanders von Schulformen verringert im allgemeinen Vorurteile. Das führt zwar nicht automatisch zur Integration, aber politische Entscheidungen werden akzeptabel. So sollen nach dem Bremer Schulgesetz die Gymnasialzüge in die Oberschulen integriert werden. Die Durchsetzung wird erleichtert, da das Gesetz auf einem Kompromiss zwischen allen im Rathaus vertretenen Parteien beruht. Nur die 8 eigenständigen Gymnasien sollen verbleiben. Damit dürfte die Übergangsquote auf das Gymnasium voraussichtlich auf ca. 20 % zurückgehen. Bremen kommt so der gemeinsamen Schule für alle nahe.

Eine weitere Strategie nutzt die Standortgunst der Oberschule. Denn die Oberschullösung führt zu einem sehr dichten Netz der Oberschulen im ländlichen Raum. Ihre Wohnortnähe erhöht ihre Attraktivität, und viele Kommunen werden an einem Abiturangebot am eigenen Ort sehr interessiert sein. Hier dürfte die Übergangsquote zum Gymnasium teilweise stark zurückgehen. Zur Standortschwäche der Gymnasien kommen noch die zurückgehenden Schülerjahrgänge. Gemeinsam gefährden sie Gymnasien im ländlichen Raum. Es wird möglich, sie in Oberschulen umzuwandeln oder mit diesen zusammenzulegen. Wegen der Finanzkrise zusammen mit dem Verbot der Neuverschuldung werden zudem kleinere Schulen konzentriert werden müssen. Insgesamt ist die gemeinsame Schule für alle - wie in Skandinavien - am leichtesten zunächst im ländlichen Raum zu verwirklichen.

Auch im städtischen Bereich ergeben sich oft Standortvorteile der Oberschule. Denn die Gymnasien konzentrieren sich häufig im Zentrum und in privilegierten Stadtteilen. Oberschulen haben daher am Stadtrand und in sozial benachteiligten Wohnvierteln Standortvorteile. Sie können dort zum Kulturzentrum des Stadtteils bzw. der Stadtrandgemeinde werden.

Eine andere Strategie ist die schrittweise Verlängerung der Grundschulzeit. Zwei Bundesländer beabsichtigen, die Grundschul-Zeit zeitgleich mit der Einführung der Oberschul-Lösung zu verlängern und zwar Hamburg um zwei, das Saarland um ein Jahr.

In Hamburg zeigt sich, wie gefährlich diese Strategie selbst in diesem Stadtstaat mit den vergleichbar besten Voraussetzungen ist. Die gymnasiale Klientel fühlt sich als Basisbewegung so stark, dass sie sich Kompromissangeboten einer schwarz-grünen Koalition versagt hat. Hamburg wird sich bildungspolitisch polarisieren. Selbst falls der Volksentscheid scheitert, ist eine Strukturpolitik für die Parteien in Hamburg für lange Zeit tabu. Für viele Jahre würde eine Zeit schulpolitischer Stagnation folgen, an eine Strategie der Konvergenz wäre dort lange nicht zu denken. Das Hamburger Beispiel lehrt: eine Grundschulverlängerung führt zu einem Widerstand, der kaum geringer ist als der gegen eine direkte Einführung der gemeinsamen Schule für alle.

Diese ist vielmehr leichter durchsetzbar als eine Grundschulverlängerung: die Oberschullösung ermöglicht die Integration. Wenn grundsätzlich jede Oberschule wie das Gymnasium auf die Hochschulreife ausgerichtet ist, ist sie ein Gymnasium mit einem speziellen Förderauftrag. Wird zugleich die gymnasiale Schrägversetzung aufgehoben, kann sie dem Anspruch, ein Gymnasium mit besonderem Förderauftrag zu sein, auch entsprechen. Der nächste Schritt kann dann die Schaffung eines einheitlichen Gymnasiums für alle sein. Muss die Gymnasiallehrerschaft keine Schlechterstellung befürchten, kann die gymnasialorientierte Elternschaft weiter ihre Kinder weiter an ihrem Gymnasium anmelden, dann ist der Widerstand gering: das Gymnasium für alle ist durchsetzbar. Es bleibt die Gefahr der Vorauslese. Bei zu starker Anmeldung kann ein gesetzlich fixiertes Losverfahren die Selektion verringern. Ansonsten ist die Schulverwaltung und Schulaufsicht gefragt, besonders belasteten und auch schwächeren Schulen Hilfen zu geben. Insgesamt wird auch bei einer gemeinsamen Schule für alle - wie im Ausland - eine gewisse soziale und regionale Auslese bestehen bleiben. Bei der regionalen Selektion sind die schulpolitischen Möglichkeiten begrenzt, hier sind vor allem die Stadtentwicklungspolitik, aber auch andere Politikbereiche gefragt.

Trotz aller Schwierigkeiten: Die Zweigliedrigkeit bedeutet nicht das Ende für eine gemeinsame Schule für alle, vielmehr ist sie deren Voraussetzung. Gerade die zweigliedrige Oberschul-Lösung weist über sich hinaus und ermöglicht Schritte, die sonst nicht realisierbar wären.

Für Pessimisten unter den Gesamtschul-Verfechtern ist es nicht möglich, das Gymnasium in eine gemeinsame Schule für alle zu integrieren. K. Klemm hält eine attraktive Schulform, die von 40 % eines Jahrganges besucht wird, für nicht aufhebbar. Diese Position hält die gemeinsame Schule für alle grundsätzlich nicht mehr für durchsetzbar, unabhängig von der Strategie der Zweigliedrigkeit oder anderen Reformstrategien. Doch diese Position verkennt den Druck der Globalisierung, der internationalen Organisationen, der Wirtschaft, der Interessengruppen und anderer Politikbereiche auf die Bildungspolitik und die Chancen neuer politischer Bündnisse.

K. Klemm hat Unrecht wie Recht: die Oberschullösung öffnet den Weg zur gemeinsamen Schule für alle, sie wird kommen – als Gymnasium für alle.⁵

⁵ K. Klemm, Zweigliedrigkeit ist der zweitbeste Weg, Frankfurter Rundschau, 06.11.2007